



SGBCISL

Nr. 25/2009
11.12.09

Versand im Post-
abonnement,
D.L. 353/2003
(konv. in Gesetz
27/02/2004 Nr. 46)
Art. 1, Abs. 2,
DCB Bozen,
Taxe Percue

Contiene I.R.

SOLIDARITÄT SOLIDARIETÀ

Aktuelles aus dem Südtiroler Gewerkschaftsbund *SGBCISL*

- **Gesundheitsfürsorge**
Ein ergänzender Gesundheitsfonds
- **Sozialpolitik**
Ein gerechter Maßstab bei Sozialleistungen



● **Sozialpolitik**

Seite 4



● **Gesundheitsfürsorge**

Seite 5



● **Gesundheitswesen**

Seite 7

Inhalt

- 3 Leitartikel**
Unsere Vorhaben für das kommende Jahr
- 4 Sozialpolitik**
Einfacher, unbürokratischer, gerechter
- 5 Gesundheitsfürsorge**
Für einen sozialen Mehrwert
- 6 Handwerk**
Die Handbremse lösen
- 7 Gesundheitswesen**
Firmian: eine Frage des Prinzips
- 8 Aus den Fachgewerkschaften**
Gute Arbeitsplätze, günstigere Tarife
Metallervertrag steht!
- 9 Standpunkt**
Danke Mami – eine Unterschriftenaktion mit Zukunft?
- 10 Aus den Bezirken**
„Denn wir haben nur einen Planeten Erde“
10 Neuer Bezirkssekretär für Bozen/Unterland
11 Rettungsanker für gewaltbetroffene Frauen
- 12 Aus der Organisation**
MitarbeiterInnen bilden sich weiter
- 13 Service**
Was Erwerbstätige wissen wollen
- 14 Vermischtes**
Nützliches und Kurioses
- 15 Kultur & Freizeit**
Was das Jahr 2010 bieten wird!
- 16 Zu guter letzt**
Solidarität für...

Impressum

**SOLIDARIETÀ
SOLIDARITÀ**
Zeitschrift des SGBCISL
Siemensstraße 23
39100 Bozen
Tel. 0471 568 401
Fax 0471 568 403
www.sgbcisl.it

Eintragung Landesgericht
Bozen Nr. 2/77 vom 4.2.1977
Presserechtlich verantwortlich:
Florian Kronbichler
Grafik: www.socompierre.com
Druck: Tip. Alto Adige, Bozen

Redaktion:
Michele Buonerba,
Erich Sparer,
Tila Mair,
Daniela Bernardi,
Manfred Gamper,
Nicola Calanducci,
Armin Pircher (Koordination)

Kontakt:
armin.pircher@sgbcisl.it
Siemensstraße 23 - 39100 Bozen
Tel. 0471 568 402

Unsere Vorhaben für das kommende Jahr



Michele Buonerba
Generalsekretär des SGBC/SL

Das Landessekretariat ist nun seit über einem halben Jahr im Amt. Wir haben von Anfang an bemerkt, dass es kein Leichtes ist, einen der größten Sozialverbände Südtirols zu führen, auch weil wir sofort die Aufmerksamkeit auf die Bekämpfung der Auswirkungen der Wirtschaftskrise richten mussten.

Wir sind überzeugt, dass unsere fast 40.000 Mitglieder mehr Gehör verdienen. Deren Interessen wollen wir mit Nachdruck vertreten. Auch wenn das Thema verdrängt scheint, ist uns sehr wohl bewusst, dass in Südtirol die Lebenshaltungskosten höher sind als in den benachbarten Regionen. Südtirols Autonomie muss angesichts so mancher Ineffizienz des Staates in dieser Hinsicht einen Mehrwert bringen. Die Steuerpolitik obliegt zwar fast ausnahmslos dem Staat, auf lokaler Ebene wird aber entschieden, wie das Steuergeld eingesetzt wird. Und dieses kommt immerhin zum Großteil von Arbeitnehmern und Rentnern, die zudem wenig Vermögen besitzen.

Um den Kaufkraftverlust von Löhnen und Renten zu bremsen, müssen der erwirtschaftete Reichtum und die Sozialleistungen gerechter verteilt werden. Dafür müssen wir imstande sein, so viele Kollektivverträge wie möglich abzuschließen und die öffentlichen Mittel dorthin zu steuern, wo sie wirklich benötigt werden. Wir haben deshalb ein Bemessungssystem der sozialen Bedürftigkeit von Familien gefordert, das ein Jahr lang gültig sein soll und das nicht nur Einkommen sondern auch Vermögen erhebt. 10% der Familien halten die Hälfte des Vermögens! Wenn Personen und Familien mit hohen Vermögenswerten aufgrund ihrer guten Vermögensverhältnisse keinen Zugang zu Sozialleistungen mehr haben,

dann kommen diese verstärkt jenen Menschen zugute, welche die öffentliche Unterstützung wirklich benötigen.

Unsere Gewerkschaft muss auch imstande sein, sozialen Problemen vorbeugen zu können. So wollen wir die Befugnisse der Region nutzen, um einen solidarischen, ergänzenden Gesundheitsfonds einzurichten. Die Lebenserwartung der Menschen steigt, die Geburtenzahl sinkt. Wer wird die Gesundheitsbetreuung in 20 Jahren finanzieren? Es ist besser, wenn wir uns bereits heute Gedanken darüber machen. Wenn unser Vorschlag eines ergänzenden Gesundheitsfonds bei den Sozialpartnern und der Politik angenommen wird, können wir mit Zuversicht das Ziel verfolgen, die guten Standards im Gesundheitswesen auch in Zukunft halten zu können. Wir möchten es später nicht bereuen, es nicht mit Nachdruck versucht zu haben.

Wir blicken optimistisch in die Zukunft und hoffen, diese Ziele im Sinne unserer Mitglieder erreichen zu können.

Allen Lesern und Leserinnen ein gutes 2010.

Michele Buonerba

Taschenkalender 2010

Dieser Ausgabe der Solidarität liegt der SGBC/SL-Taschenkalender für 2010 bei. Wir haben bereits einige wichtige Fälligkeiten eingetragen. Wir hoffen, dass der Kalender euch das ganze Jahr hindurch gute Dienste leistet.

SOZIALPOLITIK

Einfacher, unbürokratischer, gerechter

Wer bedürftig ist, bekommt – unter bestimmten Voraussetzungen – eine Unterstützung von Seiten der öffentlichen Hand. Die soziale Bedürftigkeit muss aber festgestellt und somit „gemessen“ werden. Das in Südtirol geltende Bemessungssystem der wirtschaftlichen Lage für das Anrecht auf die lokalen Sozialleistungen ist aber zu bürokratisch und ungerecht. Deshalb fordert der SGBC/SL die Überarbeitung des Systems.

Das Land Südtirol hat im Laufe der Jahre eine ganze Reihe von Sozialmaßnahmen verschiedenster Art eingeführt. Um in den Genuss der jeweiligen Sozialleistung zu gelangen, muss der Antragsteller aber einen großen bürokratischen Aufwand auf sich nehmen. Neben den zahlreichen Unterlagen, die bei jedem Ansuchen neu beigelegt werden müssen, unterliegt jede Sozialleistung anderen Bewertungskriterien. Gewisse Unterstützungen werden unabhängig von der wirtschaftlichen Lage einer Person bzw. einer Familie geboten, andere hingegen sind an bestimmte Einkommens- und Vermögenskriterien gebunden. Auch bei der Zusammensetzung der Familie (eheähnliche, meldeamtliche oder engere Familiengemeinschaften) gibt es je nach Sozialleistung andere Kriterien. Je nach Definition wird beispielsweise das Einkommen des zusammenlebenden Partners zur Berechnung der wirtschaftlichen Lage herangezogen oder nicht.

Hinzu kommt, dass das Vermögen bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage derzeit kaum berücksichtigt wird. Bisher zählt hauptsächlich das erklärte Einkommen laut Steuererklärung, während andere Einkommenswerte – z. B. Liegenschaften, die gewerblich genutzt werden – kaum oder gar nicht zählen. Vermögen, sprich Immobilien oder Finanzvermögen, schlagen sich wegen hoher Freibeträge weniger auf die Bemessung der wirtschaftlichen Lage nieder als erklärtes Einkommen. Dies führt unter Umständen dazu, dass Personen mit gleichem Einkommen, aber mit unterschiedlichen Vermögenswerten, als gleich bedürftig gelten.



Einkommen und Vermögen sollen einfacher, unbürokratischer und gerechter bemessen werden, wenn es um die Ansuchen auf soziale Leistungen geht.

Deshalb fordert der SGBC/SL schon seit Jahren eine einheitliche Grundlage für die Einkommens- und Vermögensbewertung. Als Zugangskriterium soll ein Durchschnittswert eingeführt werden, der sich errechnet aus:

- Einkommen
- unbeweglichem Vermögen (Immobilien)
- Finanzvermögen
- Familienzusammensetzung.

Je höher das Einkommen, je mehr Vermögen und je weniger Familienmitglieder, umso geringer die soziale Bedürftigkeit einer Familie. Die Familienzusammensetzung sollte sich dabei stärker auf die Bedürftigkeitsbewertung auswirken.

Das neue Bemessungssystem soll im Wesentlichen drei große Vorteile bringen. Der SGBC/SL schlägt ein System vor, das

- 1) einfacher,
- 2) unbürokratischer und
- 3) gerechter sein sollte.

Einfacher

Die Grundlage der Bemessung der wirtschaftlichen Lage muss einheitlich sein. Ebenso braucht es eine allgemeingültige Definition von Familiengemeinschaft und Alleinerziehenden. Kurzum: es braucht eine einfachere Erhebungsprozedur.

Unbürokratischer

Die wirtschaftliche Lage sollte einmal pro Jahr erhoben werden, diese sollte dann für alle lokalen Sozialleistungen ein ganzes Jahr lang gelten. Der Antragssteller müsste somit nur einmal pro Jahr die gesamte Dokumentation vorlegen.

Gerechter

Vermögen muss stärker bewertet werden, vor allem das unbewegliche. Bei Liegenschaftsbesitz beispielsweise wird der Katasterwert zur Berechnung herangezogen, und dieser liegt unter dem realen Marktwert. Das System sollte mehr auf die realen Einkommen und Vermögen ausgerichtet sein statt auf die in der Steuererklärung erfassten Werte. Zudem sollten etwa Selbstständige, Freiberufler und Unternehmer wenigstens ein Mindesteinkommen angeben müssen.

Auf gesamtstaatlicher Ebene ist 1998 mit dem so genannten „ISE“-Indikator bereits ein solcher Maßstab der wirtschaftlichen Lage von Familien eingeführt worden, der für die verschiedenen Leistungen gleich ausgelegt ist. Das Trentino hat bereits mit einer eigenen Version (ICEF) nachgezogen. Nun wäre Südtirol am Zug, eine einfachere, unbürokratischere und gerechtere Bemessung einzuführen. Das Land hat unlängst nach jahrelanger Diskussion auf Druck des SGBC/SL endlich einen Vorschlag vorgelegt. Für den SGBC/SL muss dieser Entwurf noch in einigen Punkten überarbeitet werden. Eine gewerkschaftliche Arbeitsgruppe arbeitet bereits daran, den Entwurf im Sinne der Arbeitnehmer und Rentner zu verbessern, damit er bis 2011 in Kraft treten kann.

TAGUNG: ERGÄNZENDE GESUNDHEITSFÜRSORGE

Für einen sozialen Mehrwert

Dem Großteil der Bevölkerung den Zugang zu ergänzenden Leistungen und Kostenrückerstattungen im Gesundheitswesen ermöglichen: Dieses Ziel verfolgt der SGBC/SL mit dem Vorschlag der Einrichtung eines regionalen, ergänzenden Gesundheitsfonds. Das Projekt wurde kürzlich im Rahmen einer Tagung der Öffentlichkeit vorgestellt.

Die Verantwortung für das Soziale verlagert sich europaweit immer mehr von der öffentlichen Hand in den Privatbereich. Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung steigt. Das Gesundheitswesen wird immer kostenintensiver.

Vor diesem Hintergrund hat der SGBC/SL am 13. November in Bozen im Rahmen einer Tagung seinen Vorschlag vorgebracht, auf regionaler Ebene einen ergänzenden Gesundheitsfonds einzuführen.

„Die Menschen leben länger, die Geburtenrate ist gesunken. Der Sozialstaat, wie wir ihn kennen, kann dem Druck des demografischen Wandels nicht standhalten. Um die Qualität der Dienste für alle aufrecht zu erhalten, wird zukünftig ein zweites, zusätzliches Gesundheitsfürsorgesystem notwendig sein, welches das öffentliche Ge-

sundheitswesen nicht ersetzt, aber ergänzt“, so begründete SGBC/SL-Generalsekretär Michele Buonerba die Wichtigkeit einer solchen solidarischen Einrichtung.

Ein ergänzender Gesundheitsfonds wird von steuerbegünstigten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen finanziert, und bietet den Mitgliedern und deren Familienangehörigen eine Reihe von zusätzlichen Leistungen und Kostenerstattungen im Gesundheitsbereich, etwa bei Zahnbehandlungen, für die „Tickets“, oder bei Ausgaben für die Pflege. Dank der Zuständigkeiten der Region Trentino-Südtirol kann ein solcher Fonds auch auf regionaler Ebene eingerichtet werden. So brächte die Autonomie auch soziale Vorteile.

Auf gesamtstaatlicher Ebene gibt es bereits über 500 solcher Einrichtungen, trotzdem ist die Mehrzahl

der Bevölkerung bisher nicht von dieser Form der ergänzenden Gesundheitsfürsorge abgedeckt. Ein Teil der Lohnabhängigen kann zwar kollektivvertraglich eingerichteten Fonds beitreten, diese Gesundheitsfonds und deren Leistungen sind aber wenig bekannt. Ein auf regionaler Ebene eingerichteter Gesundheitsfonds hätte mehrere Vorteile. Er würde vielen Ausgeschlossenen eine Beitrittsmöglichkeit und den bereits Eingeschriebenen eine Alternative bieten, und könnte dank der regionalen Zuständigkeit ähnlich gut funktionieren wie der Zusatzrentenfonds Laborfonds.

Das Projekt ist vorgestellt, nun geht der Ball an die Sozialpartner und die Politik. Der SGBC/SL macht sich dafür stark, 2010 noch ein konkretes Verhandlungsergebnis zu erreichen.



Der Blick über den Tagungssaal. Der Rektor der Uni Bozen Walter Lorenz (am Rednerpult) referierte u.a. über die Entwicklung des Sozialstaates auf europäischer Ebene

HANDWERK

Die Handbremse lösen

2010 könnte für den Südtiroler Handwerksbereich einige positive Entwicklungen bringen. Die vier Südtiroler Gewerkschaftsbünde haben den Arbeitgeberverbänden einen Forderungskatalog unterbreitet, der die Bereiche Vertragsverhandlungen, Lehrlingswesen, Berufsbildung und die Bilateralen Körperschaft umfasst.

Das Handwerk bietet in Südtirol rund 12.000 ArbeitnehmerInnen einen Arbeitsplatz. Die kleinen Handwerksbetriebe tragen rund 6% zur gesamten lokalen Wertschöpfung bei. Die Daten der Handelskammer und des Landesamtes für Arbeitservice belegen, dass 2009 ein schwieriges Jahr für den Handwerksbereich war. Dies schlägt sich in den Umsätzen der Betriebe und auch auf die Beschäftigung nieder. Im Jahr 2010 dürften sich die Schwierigkeiten sogar noch verschärfen. Die Sozialpartner haben im kommenden Jahr also die Gelegenheit zu beweisen, dass sie ihre Mitglieder im Zusammenspiel wirksam unterstützen können.

Kürzlich ist es den Gewerkschaften auf gesamtstaatlicher Ebene gelungen, interessante Rahmenabkommen abzuschließen. Diese beinhalten z.B. die Möglichkeit, dass die

auf gesamtstaatlicher Ebene unzureichend ausgeglichene Inflation auf regionaler Ebene wettgemacht werden kann. Zudem wird die Zahl der Kollektivverträge von 17 auf 9 gesenkt. Weiters werden der Bilateralen Körperschaft für das Handwerk ab 1. Juli 2010 mehr Geldmittel zugewiesen.

Gerade die Bilaterale Körperschaft bildet den Ausgangspunkt für den gewerkschaftlichen Forderungskatalog an die beiden Südtiroler Handwerkerverbände LVH und SHV/CNA. Unser Ziel ist es, die Beschäftigten im Handwerkssektor stärker zu unterstützen. So möchten wir, dass die eingeschriebenen Mitglieder die Leistungen direkt bei der Körperschaft beantragen können, ohne über den Betrieb gehen zu müssen.

Gleichzeitig sind wir überzeugt, dass in Südtirol der Fonds für be-

rufliche Weiterbildung im Handwerk eingerichtet werden muss. So könnten die Beiträge, die die Betriebe für die berufliche Weiterbildung an das Nisf/Inps überweisen, in Südtirol verwaltet werden. Ein weiteres gewerkschaftliches Anliegen ist, dass die etablierte Bauarbeiterkasse wieder die einzige des Sektors wird.

Ein grundlegendes Thema ist die Grundlehre, auf die Südtirol ganz besonders stolz ist. Die Lehrzeit darf aber nicht länger als drei Jahre dauern. Das duale System, also die abwechselnde Ausbildung der Jugendlichen an Schule und Arbeitsplatz, ist und soll Erfolgsgarant bleiben. Es ist aber nicht vertretbar, dass die Jugendlichen, die sich für diesen Ausbildungsweg entscheiden, länger ein geringeres Einkommen beziehen als für jenen Zeitraum, der notwendig ist, um die für den Beruf notwendige Professionalität zu erwerben.

Das Lohnniveau im Handwerk ist vergleichsweise sehr niedrig. Dies fällt in einem Land mit hohen Lebenshaltungskosten, wie Südtirol eines ist, besonders ins Gewicht. Der Staat gewährt aber Steuervorteile für Betriebe und Arbeitnehmer auf Lohnerhöhungen, die auf Landesebene ausgehandelt werden. Dieser Anreiz sollte besser genutzt werden.

In den kommenden Monaten werden wir sehen, ob mit den neuen Führungen des LVH und des ASGB eine Trendwende eingeleitet und die Handbremse gelöst werden kann, damit Vertragsverhandlungen auf den Weg gebracht werden, die zu zufrieden stellenden Ergebnissen für die Betriebe und die Beschäftigten im Handwerk führen.



FACHGEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

Firmian: eine Frage des Prinzips

Seit einiger Zeit setzt sich unsere Fachgewerkschaft für eine sehr wichtige Angelegenheit ein. Es geht darum, dass die Löhne der Beschäftigten der Struktur für Langzeitkranke "Firmian" in Bozen angeglichen werden an jene Gehälter, die vom Land für vergleichbare Tätigkeiten in den verschiedenen Bozner Seniorenheimen gezahlt werden.

Ist es möglich, in Bozen mit rund 1.000 Euro im Monat über die Runden zu kommen? Angesichts der Mietpreise und der Lebenshaltungskosten wohl kaum, vor allem für jene, die Familie haben. Zahlreiche im Firmian beschäftigte Arbeitnehmer mit hoher Professionalität, großteils Pflegekräfte, sind mit dieser Herausforderung konfrontiert. Sie sind mit dem Kollektivvertrag der Sozialgenossenschaften angestellt, der unserer Ansicht nach – was die wirtschaftliche und dienstrechtliche Behandlung betrifft – nicht anderen Kollektivverträgen dieses Sektors und der geleisteten Arbeit im "Firmian" entspricht. Um sich ein Bild davon zu machen, wie niedrig die Entlohnung dieses Personals ist, reicht der Vergleich mit einer Pflegekraft des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Eine Pflegekraft im Firmian kommt bei 186,50 Monatsarbeitsstunden mit

Nachtturnus, Feiertagsarbeit und über 20 Überstunden auf 1.451,47 Euro. Für die gleiche Tätigkeit erhält eine Pflegekraft mit Einstufung 7ter im Bozner Krankenhaus mindestens 500 Euro mehr im Monat. Dieses Verhältnis trifft auf alle Einstufungen im Firmian zu.

Um noch deutlicher zu machen, wie unangemessen die Entlohnung des betroffenen Personals ist, sei darauf verwiesen, dass eine Reinigungskraft der 2. Lohnenebene (Bereichsübergreifender Kollektivvertrag) ohne Samstags-, Sonntags- und Nachtarbeit bei 165 Arbeitsstunden einen Einstiegsmonatslohn von durchschnittlich 1.200 Euro bezieht.

Wir haben lange versucht, über den Verhandlungsweg eine Lösung zu finden; ohne Erfolg. Sämtliche Treffen mit dem Dienstnehmer KCS, dem Sanitätsbetrieb Bozen, der den Firmian-Auftrag für 9 Jahre an die

KCS vergeben hatte, sowie mit dem Schlichtungsamt des Landes haben keine Ergebnisse gebracht. Deshalb sehen wir uns nun gezwungen, Protestmaßnahmen zu ergreifen, welche dazu führen sollen, dass diese Arbeitnehmer ein angemessenes Einkommen für ein würdiges Leben bekommen.

Die öffentliche Hand lagert immer mehr Dienste an Private aus um zu sparen. Sie muss aber dafür sorgen, dass weder die Beschäftigten noch die Betreuten unter dem Sparstift leiden müssen.

Mauro Todesco
Landessekretär der Fachgewerkschaft
Öffentliche Dienste



Im Bild die Einrichtung für Langzeitkranke „Firmian“ in Bozen.

STROMWIRTSCHAFT

Gute Arbeitsplätze, günstigere Tarife

Welche Perspektiven hat Südtirols Stromwirtschaft? Wie wirken sich die aktuellen Entwicklungen, allen voran die Konzessionsneuvergaben der Wasserkraftwerke, auf die Arbeitskräfte und die Bevölkerung aus? Dieser Frage ging die Fachgewerkschaft der Elektrowerker Flaei bei einer hochkarätig besetzten Tagung nach, die am 27. November in Bozen stattgefunden hat.

Oberstes Ziel der Gewerkschaft ist die Sicherung der Arbeitsplätze und die Beibehaltung der erworbenen vertraglichen Rechte der Beschäftigten. Dies vor allem im Zuge der Neuvergabe der auslaufenden Kraftwerks-Konzessionen oder bei betrieblichen Umstrukturierungen. Zudem müssen die Millioneninvestitionen des Landes, die Liberalisierung im Stromsektor und die lokalen Zuständigkeiten endlich auch für die Verbraucher mehr bringen; qualitativ gute Dienstleistungen und günstigere Tarife. Die regionale Flaei-Generalsekretärin Elena Maria Beltrami regte bei der Tagung einen ständigen Dis-

kussionstisch sämtlicher Akteure an, um aktuelle Themen rund um die Energiewirtschaft zu erörtern und gemeinsam die Weichen zu stellen.

An der Tagung nahmen u.a. Senator Oskar Peterlini, SEL-Präsident Klaus Stocker, Etschwerke-Präsident Pietro Calò, der Sekretär der Flaei Aosta Mario Ruggeri, der Geschäftsführer des Energiewerks Prad Georg Wunderer sowie der Geschäftsfüh-



Stromwirtschaft: soll nicht nur strategischer Wirtschaftsfaktor für Südtirol sein, sondern auch gute Arbeitsplätze und gute Dienstleistungen bieten.

rer des Raiffeisen Energieverbands Rudi Rienzner teil. Die Schlussworte sprach der gesamtstaatliche Flaei-Generalsekretär Carlo De Masi.

METALLINDUSTRIE

Metallervertrag steht!

Am 15. Oktober 2009 haben die Fachgewerkschaften Fim und Uilm mit dem Arbeitgeberverband Federmeccanica in Rom eine Einigung zur Erneuerung des gesamtstaatlichen Kollektivvertrags der Metallindustrie erzielt. Die Metallgewerkschaft Fiom/Cgil hat das Abkommen nicht unterzeichnet. Das Abkommen setzt die im Rahmenabkommen von 22.



Jänner enthaltenen Richtlinien für Vertragsverhandlungen um, sprich dreijährige Laufzeit des Vertrags und Inflationsausgleich aufgrund des europäischen Verbraucherpreisindex. Die Laufzeit des Vertrags geht vom 1.1.2010 bis zum 31.12.2012. Die Schwerpunkte des Abkommens betreffen:

- Lohnerhöhung von 110 Euro (5. Kategorie), 28 Euro ab 2010, 40 Euro ab 2011 und 42 Euro ab 2012);

- einen Solidaritätsfonds für Lohnfortzahlungen im Fall von langem Lohnausgleich oder langer Krankheit von Arbeitnehmern;
- ab 2011 eine jährliche Auszahlung von 455 Euro (bisher waren es 260 Euro) für jene, die nur den kollektivvertraglichen Mindestlohn bekommen;
- Erhöhung des Arbeitgeberbeitrages für die Zusatzrente von 1,20% auf 1,60% innerhalb 2013;
- neue und verbesserte Regeln bezüglich Flexibilität, Schutz und Aufschläge bei Teilzeitarbeit;
- neue Rechte für Arbeiter mit befristetem Vertrag sowie Leiharbeiter;
- Verbesserungen beim Recht auf Studium;
- Erweiterung der Aufgabenbereiche des Sicherheitsprechers (RLS).

LEBENSMITTELINDUSTRIE

Vertrag erneuert

Im September haben die Fachgewerkschaften des Lebensmittelsektors von Cgil, Cisl und Uil einheitlich den Kollektivvertrag für die Beschäftigten der Lebensmittelindustrie erneuert. Die Einigung sieht eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 142 Euro in den nächsten drei Jahren vor.

Zudem wurde die Einrichtung eines ergänzenden Gesundheitsfonds vereinbart. Dieser wird mit einem Beitrag von 10 Euro pro Beschäftigtem zu Lasten der Betriebe finanziert. Weiters ist die Stärkung der zweiten Verhandlungsebene vorgesehen. Die Vertragserneuerung betrifft in Südtirol rund 2.000 ArbeitnehmerInnen. Diesen Kollektivvertrag wenden u. a. die Betriebe Loacker, Brauerei Forst, Grandi Salumifici Italiani (ex Senfter und Gasser), Dr. Schär, Iprona, Zipperle oder Koch an.



Danke Mami – eine Unterschriftenaktion mit Zukunft?

Ich möchte ein paar kritische Anmerkungen zur Forderung von Frauenorganisationen und Sozialverbänden machen, für die spätere Rente möge der Staat den erziehenden Müttern jeweils zwei Jahren für jedes Kleinkind anerkennen. Seit Wochen läuft in Südtirol eine Unterschriftenaktion, mit welcher auf Regierung und Parlament eingewirkt werden soll, die Erziehungszeiten für jedes Kind im Ausmaß von mindestens zwei Jahren gutzuschreiben. Eine lobenswerte, familienbewusste, frauenfreundliche Initiative möchte man meinen, wenn es da nicht ein paar Haken gäbe. Und genau darüber möchte ich schreiben.

Die wirtschaftliche Basis der öffentlich-rechtlichen Rentenversicherung ist der so genannte Generationenvertrag: die heute Berufstätigen finanzieren durch ihre Beiträge die Rente der Älteren – in Erwartung, dass die kommende Generation dann später die Renten für sie aufbringt. Der Generationenvertrag ist notwendig, denn die Rentenversicherung finanziert sich nach dem Umlageverfahren, will heißen: die Beiträge der Versicherten werden für die Rentenzahlungen des je-

weils nächsten Monats verwendet – Rücklagen werden keine gebildet. Wer heute eine Rente bekommt, hat seine Beiträge also nicht angespart, sondern bereits für die Generation seiner Eltern bezahlt. Soviel zur aktuellen Rentenformel. Nun ist es so, dass in Italien ohnehin eine ganze Reihe von Zeiten für die Berechnung der Rente bereits anerkannt wird, obwohl keine Beiträge eingezahlt werden. Dazu zählen Militärdienst, Arbeitslosenzeiten, Lohnausgleichskassa, Mobilität, Mutterschaft für Lohnabhängige, Frühpensionierungen, Freistellungen. Hinzu kommt noch die Aufstockung der Mindestrenten auf einen garantierten Mindestbeitrag. Die anfallenden Kosten werden den Beitragszahlern angelastet. Sollten jetzt auch noch Erziehungszeiten rentenwirksam werden, wird die Palette der durch keine Beiträge abgedeckten Zeiten noch einmal massiv erweitert, mit enormen Kosten für die Pensionskassen. Dies kann auf Dauer nicht ohne Folgen für das ohnehin schon strapazierte Rentensystem bleiben.

Dass im Staate Italien der Familie mit Kindern größere Aufmerksamkeit geschenkt werden müsste und

es zu einem echten Familienlastenausgleich kommen sollte, dieses Anliegen ist goldrichtig. Familienlastenausgleich bedeutet nach meinem Verständnis steuerliche Entlastung, Anhebung des Kindergeldes und Ausbau der Betreuungseinrichtungen für berufstätige Mütter und Väter. Wer auch Erziehungszeiten mitberücksichtigen will, muss sich für einen Systemwechsel im Rentenwesen stark machen. Der Systemwechsel könnte wie folgt aussehen: steuerfinanzierte Grundrente für alle. Wer eine höhere Rente anpeilt, kann dies nach dem bisherigen Modell über den Weg einer versicherten Arbeit erreichen.

Im Rahmen des bestehenden Rentensystems halte ich die Ausweitung von Versicherungszeiten ohne Beitragsleistung für äußerst problematisch. Die noch einigermaßen funktionierende Rentenanstalt INPS – um sie handelt es sich im Wesentlichen – sollte nicht für immer mehr unbezahlte Rechnungen gerade stehen müssen.

Sepp Stricker

Näher dran

Südtirolweit in direkteren Kontakt mit den Mitgliedern treten, dieses Ziel verfolgt der SGBCISL mit den Ortsversammlungen. Anfang Dezember hat die erste, viel versprechende Abendveranstaltung stattgefunden.

Der SGBCISL hat kürzlich ein Projekt gestartet, das den direkten Gedankenaustausch der Gewerkschaftsführung mit den Mitgliedern fördern und allen Interessierten die Möglichkeit geben soll, über die Ziele und konkreten Vorhaben des SGBCISL zu diskutieren. Die erste Abendveranstaltung hat am 3. Dezember in Leifers stattgefunden. Über 30 Personen sind der Einladung gefolgt

und haben sich über aktuelle Themen informiert, insbesondere den ergänzenden Gesundheitsfonds und die einheitliche Bemessung von Einkommen und Vermögen bei Sozialleistungen.

Vorerst werden vier Ortsversammlungen abgehalten. Wenn diese bei den Mitgliedern auf großen Zuspruch stoßen, wird das Projekt zu

einer Veranstaltungsreihe ausgebaut. Die nächsten Treffen finden im Obervinschgau, im Eisacktal und im Pustertal statt. Mehr zu den Terminen, Veranstaltungsorten und Inhalten auf der Internet-Seite www.sgbcisl.it

MERAN/VINSCHGAU

“Denn wir haben nur einen Planeten Erde”

Am 11. Dezember, während diese Zeitung in Druck geht, hält der Bezirk Meran/Vinschgau eine Delegiertentagung zum Thema „Bewusster Konsum“ ab. Wir haben bei Bezirkssekretär Nicola Calanducci nachgefragt.



Nicola Calanducci

Wie seid ihr auf dieses Thema gekommen?

Wir haben sehr lange überlegt, welches Thema wir bei unserer

jährlichen Delegiertentagung behandeln sollen. Schlussendlich haben wir uns dafür entschieden, die Wirtschaftskrise unter dem Aspekt des Konsums zu beleuchten. Dabei geht es uns insbesondere um den bewussten, nachhaltigen, kritischen Konsum. Die Gewerkschaften kümmern sich um Arbeit, um Arbeitsbedingungen, um Renten, Rechte, Dienste und Einkommenspolitik. Wir beschäftigen uns hingegen kaum mit dem Konsum, der aber ein wichtiges Thema darstellt.

Inwiefern?

Konsum befriedigt elementare Bedürfnisse, erfordert aber ein entsprechendes Einkommen. Ich bin überzeugt, dass die Gewerkschaft einen Qualitätssprung schaffen und einige Ziele neu festlegen muss. Arbeitnehmerschutz darf

nicht nur Schutz in klassischem Sinn sein, sondern muss auch den Schutz der Lebensbedingungen umfassen. Wir müssen vor allem herausfinden aus der Spirale des ständigen Wachstums, weil sie nirgendwohin führt.

Woran denkst du konkret?

Ich nenne einige Zahlen. Auf dieser Erde leben knapp 7 Milliarden Menschen. Jeder könnte Güter verbrauchen, für deren Produktion umgerechnet eine Fläche von 1,4 Hektar notwendig wären, ohne das Gleichgewicht zu stören. Der durchschnittliche US-Amerikaner konsumiert aber, als ob ihm eine Fläche von 9,6 Hektar zustünde, der Kanadier 7,2, der Europäer 4,5. Wenn wir alle ein amerikanisches Verbraucherverhalten an den Tag legen würden, bräuchten wir fünf Planeten Erde. Wir haben aber nur eine. Und die Weltbevölkerung wächst rapide.



Was können wir tun?

Wir haben beschlossen, dem Konsumwahn im Rahmen unserer Tagung eine Alternative entgegenzustellen. Es geht dabei um kritischen, nachhaltigen, ethisch korrekten und solidarischen Konsum. Wir möchten die Menschen über diese menschenwürdigen und umweltfreundlichen Formen der Zusammenarbeit und des Verbraucherverhaltens informieren und für bewusste Lebensstile sensibilisieren. Wir möchten auch davor warnen, sämtliche Lebensbereiche dem Profitdenken zu unterwerfen. So stellt der arbeitsfreie Sonntag einen Wert für die Allgemeinheit dar, der im Interesse aller geschützt werden sollte. Die Sonn- und Feiertagsöffnung der Geschäfte, vor allem in der Weihnachtszeit, verschlechtert die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Handel, die soziale Kontakte und die Familie vernachlässigen müssen. Hier kann jeder von uns ein Zeichen setzen: Produkte aus fairem Handel kaufen, an Feiertagen nicht einkaufen, oder das Kontokorrent bei der Ethischen Bank einrichten.

BOZEN/UNTERLAND

Neuer Bezirkssekretär

Der Bezirksvorstand hat Maurizio Cultraro Ende November zum neuen Sekretär des SGBCISL-Bezirks Bozen/Unterland gewählt. Cultraro ist auch in der Postgewerkschaft tätig und folgt auf Daniela Bernardi, die dem Bezirk 12 Jahre lang vorgestanden war und die Mandatsgrenze erreicht hat.

Eines der Ziele des neuen Bezirkssekretärs in den kommenden Jah-

ren ist es, die Rolle und Vertretungsstärke des SGBCISL im Überetsch auszubauen.



Maurizio Cultraro

FRAUENHAUS BRIXEN

Rettungsanker für gewaltbetroffene Frauen

Gewalt in der Familie: ein lange verschwiegenes Tabuthema - auch in Südtirol. Betroffen sind überwiegend Frauen, statistisch gesehen ist sogar jede vierte damit konfrontiert. Ein Zufluchtsort sind die so genannten Frauenhäuser, die den Gewaltopfern Schutz, Unterkunft und Unterstützung bieten. Diese Einrichtung gibt es auch in Brixen.

Das Landesgesetz Nr. 10 vom 06.11.89 sieht die Errichtung von Beratungsstellen und Frauenhäusern vor. Dies ist deshalb wichtig, weil es zeigt, dass Gewalt gegen Frauen als gesellschaftliches Problem erkannt wird und dass entsprechende gesetzliche Maßnahmen getroffen werden. In Südtirol gibt es mittlerweile 3 Frauenhäuser und 2 geschützte Wohnungen. Während die Führung der Frauenhäuser in Bozen und Meran von der jeweiligen Bezirksgemeinschaft an Vereine abgegeben worden ist, wird das Frauenhaus in Brixen von der Bezirksgemeinschaft selbst geführt.

Der Frauenhausdienst in Brixen besteht aus der Beratungsstelle sowie dem eigentlichen Frauenhaus. Beschäftigt sind insgesamt sechs Mitarbeiterinnen, zusätzlich gibt es zwischen 14 und 16 Frauen, die im Frauenhaus freiwillig den Nachtdienst versehen.

Die Beratungsstelle gibt es in Brixen seit 1998. Frauen können dort vorab kostenlos Informationen einholen und Rechtsberatung beanspruchen, wobei die Anonymität gewährleistet ist. Zwischen 80 und 100 Frauen wenden sich pro Jahr an die Kontaktstelle, wobei sich die Hälfte der Betroffenen mehr als einmal an die Stelle wenden. Die Hilfesuchenden sind überwiegend einheimische Frauen deutscher Muttersprache. Der Anteil der Migrantinnen macht 20% aus.

Das Brixner Frauenhaus hingegen ist 2005 eröffnet worden. Es ist ein vorübergehender Zufluchtsort für Frauen und deren Kinder in Gewaltsituationen, der Schutz vor häuslicher Gewalt bietet und in dem sie begleitet und beraten

werden. Unter Gewalt ist nicht nur körperliche und sexuelle Misshandlung zu verstehen, sondern auch seelische und finanzielle Gewalt. Die Unterkunft ist kostenlos, allerdings kann eine Frau mit ihren Kindern maximal sechs Monate im Frauenhaus bleiben. Rund die Hälfte der Frauen nimmt diese Höchstdauer auch in Anspruch. Es bietet für acht Frauen Plätze. Im Laufe des Jahres 2009 sind bereits 25 Frauen dort untergekommen. Im Frauenhaus sind 80% der untergebrachten Frauen Migrantinnen, manche haben einheimische Partner.

„Die meisten Frauen, die im Frauenhaus aufgenommen werden, sind zwischen 30 und 40 Jahre alt. Das Gewaltproblem ist aber nicht altersbezogen; wir hatten 18jährige wie Frauen mit über 70 Jahren in unserem Haus“, so die Leiterin des Frauenhausdienstes, Dr. Barbara Wielander. Das größte Problem für die Frauen, die sich an die Beratungsstelle oder an das Frauenhaus wenden, ist sich für die Situation und das Geschehene zu schämen, so Wielander. Auch gesellschaftliche Aspekte fließen hier mit ein, je angesehener die Familie, desto größer das Schamgefühl. Wielander unterstreicht: „Frauen machen sich oft selbst für die Situation verantwortlich. Nicht der gewaltbereite Partner sei für den Misstand verantwortlich, sondern sie geben sich selbst die Schuld dafür und glauben, etwas falsch gemacht zu haben“.



Diese Frauen müssen selbst die Initiative ergreifen und Hilfe in Anspruch nehmen, wenn sie ihre Situation wirklich verbessern wollen, so Wielander. Eines hat sich nämlich aufgrund ihrer Berufserfahrung klar herausgestellt: Wenn Frauen den Schritt aus der Gewaltsituation nicht für sich selbst, sondern für andere, etwa die Kinder, unternehmen, oder auf Druck von anderen, dann ist der Weg für sie schwer zu bewältigen.

Manfred Gamper

WEITERBILDUNG

MitarbeiterInnen bilden sich weiter



Im Bild die Kursteilnehmer mit Kursleiter Bernd Karner (1. von links) und dem Landessekretariat

Am 15. und 16. Oktober 2009 haben sich die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der verschiedenen Strukturen des SGBCISL in Ridnaun zu einer zweitägigen Weiterbildung getroffen. Die über 40 Teilnehmenden haben dabei in Gruppenarbeiten und Workshops Strategien erarbeitet, um den Informationsaustausch in der Organisation zu verstärken. Dieses Treffen war die erste einer Reihe von Weiterbildungsveranstaltungen, die das Landessekretariat für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen organisiert.

METALLERGEWERKSCHAFT FIM

Neuer Mitarbeiter

Die Metallergewerkschaft FIM kann seit kurzem auf einen neuen, kompetenten Mitarbeiter zählen. Claudio Voltolini hat im November die Arbeit im FIM-Büro in Bozen aufgenommen. Der ehemalige Sekretär der FIM des Trentino nimmt den Platz von Renzo Rampazzo ein, der ins SGBCISL-Landessekretariat gewechselt ist, und betreut die Beschäftigten der Metallbetriebe im Bezirk Bozen/Unterland.

Wir wünschen Claudio viel Erfolg und viel Genugtuung bei seiner verantwortungsvollen Aufgabe in einer schwierigen Zeit für den Metallsektor. Ansprechpartner der Metallarbeiter aus dem Bezirk Meran/Vinschgau ist Walter Gasser. Die Beschäftigten im Bezirk Eisack/Rienz hingegen werden von FIM-Landessekretär Herbert Unterfrauner betreut.



Claudio Voltolini

Frauenkalender 2010

Die Frauenvereinigung Alchemilla hat auch für 2010 wieder einen Frauenkalender herausgegeben.

Die 17. Auflage des vielseitigen und praktischen Kalenders für die Frau beinhaltet wieder viele Anregungen, Infos, Hinweise und



Tipps zu verschiedensten Themen, von Berufswahl, neuen Frauenrollen, den Gemeinderatswahlen, Arbeitsrecht und Kultur bis hin zum neuen Stalking-Gesetz. Buch- und Musiktips sowie eine lange Liste nützlicher Adressen runden den Inhalt ab.

Der Frauenkalender ist auch in den SGBCISL-Büros kostenlos erhältlich, solange der Vorrat reicht!

FÜR- UND VORSORGE

Was Erwerbstätige wissen wollen

Welche sind die häufigsten Fragen im Rentenbereich? Wir haben uns bei Najke Fabbro vom Patronatsbüro in Bruneck erkundigt... und sie gleichzeitig um eine kurze Antwort gebeten.

Stimmt es, dass ich mit 24 Wochenarbeitsstunden voll für die Rente versichert bin?

Als Hausangestellte ja! Sonst kommt es nicht auf die Wochenstunden, sondern auf das Jahresbruttoeinkommen an. Wer im Jahr 2009 mindestens 9.504,56 Euro brutto verdient, gilt für das gesamte Jahr, also die vollen 52 Wochen, als rentenversichert. Bei einem geringeren Jahreseinkommen werden die rentenversicherten Wochen ermittelt, indem das Einkommen durch eine vom Nisf/Inps jährlich festgelegte Wochenentlo-

nung dividiert wird. Für 2009 liegt dieser Wert bei 183,26 Euro. Wer also 8.000 Euro verdient, bekommt einen Zeitraum von 43 Wochen für die Rente angerechnet. Dies gilt aber nur, wenn der/die Betreffende ganzjährig gemeldet ist.



Najke Fabbro

Bekomme ich die Mindestrente?

Die Mindestrente liegt im Jahr 2009 bei 458,20 Euro. Liegt eine Rente unter diesem Betrag, wird sie auf den Betrag der Mindestrente aufgestockt, sofern Einkommen und Vermögen der betreffenden Person und des ev. Ehepartners nicht zu hoch sind. Ein häufiger Irrtum betrifft die Überzeugung, 20 Beitragsjahre reichten aus, um Anrecht auf die Mindestrente zu haben. Ausschlaggebend ist aber die Summe der eingezahlten Beiträge, wer mehr einzahlt, bekommt eine höhere Rente.

ANSUCHEN STELLEN

Geld für Familien

Die Anträge zur Erneuerung des regionalen Familiengeldes und des Landeskindergeldes für das Bezugsjahr 2010 müssen bis spätestens 31.12.2009 eingereicht werden. Anspruchsberechtigte können die Anträge auch in den INAS-Patronaten des SGBC/ISL abgeben. Zur Erinnerung: Das regionale Familiengeld wird an Familien mit mindestens 2 minderjährigen Kindern oder an Familien mit einem Kind

bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres ausbezahlt. Die Höhe des monatlichen Betrags hängt von Einkommen und Vermögen sowie der Anzahl der Familienmitglieder ab. Das Landeskindergeld in der Höhe von monatlich 100 Euro gibt es für Kinder bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres. Das Familieneinkommen und -vermögen darf 80.000 Euro jährlich nicht überschreiten.

STEUERGUTSCHRIFT FÜR SANIERUNGSARBEITEN

Zusätzliche Meldung erforderlich

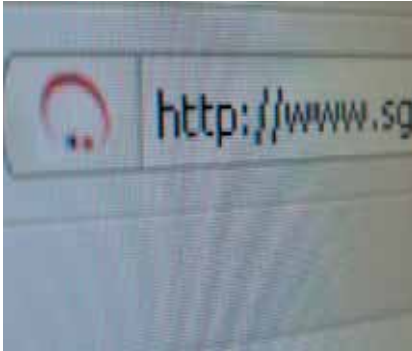
Bei energetischen Sanierungs- bzw. Wiedergewinnungsarbeiten (Steuerabschreibung von 55%), die sich über mehrere Jahre erstrecken, ist eine zusätzliche Meldung an die Agentur der Einnahmen notwendig. Über diese Mitteilung werden der Agentur die Kosten der vorangegangenen Steuerperiode mitgeteilt. Die Mitteilung erfolgt telematisch auch über die ermächtigten Steuerbeistandszentren (CAF). Abgabetermin für die Arbeiten, die im Jahre 2009 begonnen bzw. gezahlt wurden und im Jahre 2010 fortgesetzt werden, ist der 31. März 2010.



Wir wünschen allen Lesern und Leserinnen besinnliche Festtage und einen guten Start ins Neue Jahr.

TIPP

Neuer Internet-Auftritt



Ende Januar 2010 wird der SGBC/SL auch seine neue Internetseite veröffentlichen. Diese ist grafisch frisch gestaltet und inhaltlich überarbeitet. Sie bietet den Nutzern wieder eine breite Palette an Informationen rund um die Themenbereiche Arbeit und Soziales. Zudem werden den NutzerInnen eine Reihe von neuen Rubriken geboten. Für SGBC/SL-Mitglieder ist ein Passwort-geschützter Bereich eingerichtet worden. Dieser bietet den Mitgliedern zusätzliche Dienste, etwa eine Newsletter, sprich ein elektronisches Rundschreiben, das über e-mail verschickt wird, um die Abonnenten dieses Dienstes über interessante Neuigkeiten zu informieren. Reinklicken lohnt sich. Wir freuen uns!



KURIOSES

Arbeiten geht, zahlen ist nicht erlaubt...



Kürzlich hat sich eine SGBC/SL-Mitarbeiterin mit dem Fall einer Arbeitnehmerin befasst, die wöchentlich 54 Stunden gearbeitet hat. Ihre Arbeitszeit betrug neun Stunden täglich bei sechs Arbeitstagen die Woche. Entlohnt wurde sie aber nur acht Stunden pro Arbeitstag. Ihr Arbeitgeber brachte folgende Rechtfertigung für die tagtäglich nicht entlohnte 9. Arbeitsstunde vor: „Die maximale wöchentliche Arbeitszeit beträgt bekanntlich 48 Stunden, mehr Arbeitsstunden darf ich laut Gesetz ja gar nicht zahlen...!“



AUFGEZEICHNET

Danke Mami*: 2 Jahre Rente pro Kind...



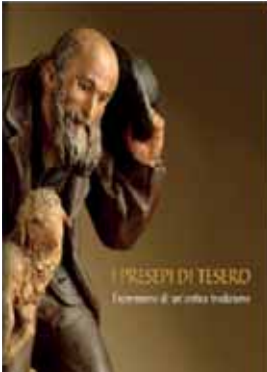
„Meine Güte, wie kommst du darauf, dass dir in jedem Fall die Hälfte der zwei Jahre zustehen sollten?“

*Über die Initiative „Danke Mami“ fordern verschiedenste Gruppierungen und Organisationen die rentenmäßige Anerkennung von bis zu zwei Jahren pro Kind für geleistete Erziehungsarbeit.

REISEN BILDET

Was das Jahr 2010 bieten wird!

Die Freizeit- und Kulturangebote des ETSI/SGBCISL begleiten euch durch das Jahr 2010. Das Rahmenprogramm ist bereits zusammengestellt. Nachfolgend einige Vorschläge für die kommenden Wochen.



Tesero und seine Krippen

Krippenausstellung
am Samstag, 9. Jänner 2010

Tesero im Fleimstal wartet mit einem sehenswerten historischen Ortskern und einer Krippenausstellung in besonderer Atmosphäre auf.

Fahrt im Reisebus, Abfahrt um 13.30 Uhr
Teilnahmegebühr (mindestens 30 Teilnehmer): 20 Euro



Ischia

Thermalaufenthalt
vom 14. bis zum 28. März 2010

Aufenthalt auf der bezaubernden, im Golf von Neapel gelegenen Insel. Thermalaufenthalt im 5*-Grand Hotel Terme di Augusto in Lacco Ameno. Unterbringung in Doppelzimmern mit Vollpension. 50 Meter vom Sandstrand.

Fahrt im Reisebus
Teilnahmegebühr (mindestens 30 Teilnehmer): 680 Euro (Einzelzimmerzuschlag 350 Euro)

Rahmenprogramm 2010

Einige Tipps aus dem Rahmenprogramm für 2010. Das Jahresprogramm wird derzeit fertig gestellt. Es liegt in allen ETSI-Büros auf uns ist auch im Internet abrufbar.

Februar

Brescia, Inka-Ausstellung am 13. 2.

Rom, vom 26. bis zum 28.2

Tanzfest in Bozen, Kolpinghaus am 7. und 21. 2 („Crostolata“)

März

Ägypten, 8 Tage Rundfahrt + Meeresaufenthalt

Brüssel, vom 10. bis zum 14.3.



„Je mehr du gedacht, je mehr du getan hast, desto länger hast du gelebt.“

Immanuel Kant



Info + Anmeldung
ETSI Kultur- und Freizeitverein
Siemensstraße 23, Bozen
Tel. 0471 568 475
etsi@sgbcisl.it

Solidarität für...

Menschen, die in Armut und am Rand der Gesellschaft leben

Die Europäische Union ist eines der reichsten Gebiete der Welt. Nichtsdestotrotz sind Millionen Menschen von Armut betroffen oder akut armutsgefährdet. Die Europäische Kommission hat das Jahr 2010 deshalb zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ erklärt. Die verschiedenen Initiativen sollen dazu beitragen, den betroffenen Menschen ein Leben in Würde und eine volle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Es gibt gesellschaftliche Gruppen, die stärker von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht sind: etwa Zuwanderer, Alleinerziehende, ältere Menschen. Auf diese Risikogruppen und auf benachteiligte Personen muss besonders geachtet werden. Es muss sichergestellt sein, dass sie z.B. Zugang zum Arbeitsmarkt und zu allgemeiner und beruflicher Bildung haben und dass sie am gesellschaftlichen Leben voll teilhaben können. Dafür müssen die Politik und die sozialen Akteure auf verschiedenen Ebenen verstärkt sorgen.

Es liegt aber auch in der Verantwortung jedes Einzelnen, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken, Diskriminierungen zu überwinden, Integration zu erleichtern, soziale Gerechtigkeit zu fördern. Dies ist Ausdruck von Solidarität und im Sinne der gesamten Gesellschaft.

„Lieber ein Licht anzünden,
als über die Finsternis klagen.“

aus China



Hauptsitz

Bozen

Siemensstraße 23
Tel. 0471 568400
info@sgbcisl.it

Bezirke

Bozen

Palermostraße 79/B
Tel. 0471 204 602

Cl.-Augusta-Str. 133
Tel. 0471 400123

Leifers

Weissensteiner Straße 1
Tel. 0471 952 692

Neumarkt

Franz-Bonatti-Platz 4
Tel. 0471 812 139

Brixen

Großer Graben 7
Tel. 0472 836 151
brixen@sgbcisl.it

Bruneck

Stegener Straße 8
Tel. 0474 553 355
bruneck@sgbcisl.it

Sterzing

Neustadt 26
Tel. 0472 766 640

Meran

Sparkassenstraße 24
Tel. 0473 230 242
info.me@sgbcisl.it

Mals

General-Verdross-Str. 45
Tel. 0473 831 418

www.sgbcisl.it